

Der „Sammlungs-Aufruf“

bilisverträge einzutreten haben. Bei dem erneuten Abschluß solcher Verträge erscheint es aber zweifelhaft, ob die bestehende Weisheitsbegünstigungsklausel, die allen Staaten auch für solche Konzessionen ohne Entgelt zufallen läßt, welche dritte Vertragsmächte mit wirtschaftlichen Opfern an sich erkauft haben, in der bisherigen Form fernernhin aufrecht zu erhalten sein wird. Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hängt von der künftigen Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslandes ab. Die Reichsregierung hat durch Begründung des wirtschaftlichen Ausschusses und durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen den festen Willen bekundet, die verschiedensten und schwierigsten Fragen unseres Erwerbslebens zu vertiefen und begründeten Forderungen nach wirksamem Schutze unserer schaffenden Arbeit gerecht zu werden. Der Reichsregierung auf dieser Bahn zu folgen, liegt im gemeinsamen Interesse aller Stände. Die Entscheidung aber liegt bei dem Volk zu wählenden Reichstagen, der sowohl über den zeitgemäßen Ausbau unseres Zolltarifs, wie über den Abschluß neuer Handelsverträge zu beschließen haben wird. Von dem Ausfall der Reichstagswahlen hängt die Durchführung einer nationalen Wirtschaftspolitik ab. Daher ist die Sammlung aller derjenigen Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, welche an Stelle des Kampfes der Interessen gegen einander den friedlichen Ausgleich derselben erstreben, für die bevorstehenden Wahlen geboten. Die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinen, innerhalb der einzelnen politischen Parteien nur für solche Kandidaten einzutreten, welche fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Veredlung aller Zweige des Erwerbslebens stehen. An alle Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit ergoht daher die dringende Aufforderung, schon bei der Aufstellung der Kandidaten sich über die Wahl von Männern zu einigen, welche radikallos auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik stehen.

„Nachdem sich Handelstage, Anwaltsvereine, Korporationen und Juristen über die Abänderungsvorschläge zur Konkursordnung ausgesprochen haben, glauben auch die unterzeichneten 8 händigen Konkursverwalter der Reichshauptstadt sich über die Materie äußern zu sollen. Ein jeder von ihnen hat eine sehr große Anzahl von Konkursurtheilen der verschiedensten Art verurtheilt, die Weizsachl hat schon unter der Herrschaft der preussischen Konkursordnung von 1855 ihres Amtes gewaltet, und sie glauben daher, daß die prächtigen Erfragungen, welche sie in mehreren tausend Konkursen zu sammeln Gelegenheit fanden, ihnen ein Recht geben, mit den nachfolgenden Ausführungen gehört zu werden. Die Unterzeichneten pflichten der Begründung der Bundesratsvorlage vom 26. Januar 1893 darin bei, daß sich die Reichskonkursordnung in ihren Grundlagen bewährt hat und daß deswegen und weil die bevorstehende Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf den raschen Abschluß der Gesetzgebung hindrängt, eine erhebliche Umgestaltung der Konkursordnung sich nicht empfiehlt. Aus diesem Grunde sehen sie auch davon ab, Vorschläge Abänderungs- und Verbesserungs-vorschläge zu machen oder gegen die vom Bundesrath vorgelegenen neuen Bestimmungen Stellung zu nehmen, wenigleich sie sich nicht in allen Punkten mit denselben einverstanden erklären können. Dagegen wenden sich die Unterzeichneten an vollster Ueberzeugung gegen die meisten neuen Bestimmungen, welche durch den Antrag Dr. Minten u. Gen. vom 14. Dezember 1891 eingeführt werden sollen. Die sich in diesen neuen Bestimmungen verkörpernden Bestrebungen leiden an dem inneren Widerspruch, daß sie einerseits dahin wirken wollen, den sich auf einschlägiger Bahn befindenden Kaufmann zu veranlassen, frühzeitig und rechtzeitig in Konkurs zu gehen — ein im Interesse der Moral und der Wohlfahrt durchaus zu wünschendes Ergebnis — und andererseits durch Verschärfung der Strafandrohungen und Erhöhung der Zwangsvergleiche den Kaufmann vom Konkurs zurückzuweisen und ihn den außergerichtlichen Vergleich zutreiben, wobei erfahrungsmäßig keine gerechte Theilnahme, sondern eine Begünstigung der hordnächsten Gläubiger zum Schaden der gutmüthiger stattfindet.

Wie die statistische Aufstellung, die der Begründung der Bundesrathsvorlage beigegeben ist, nachweist, ist die Zahl der eröffneten Konturreise seit dem Jahre 1892 nicht unehelich zurückgegangen: dies weist auf Besserung der wirtschaftlichen Zustände. Würden die Konturreise aus dem Grunde der Einführung der Abänderungen nach dem Vortrage Dr. Hüntelens u. Gen. zurückgehen, so wäre eine solche Abnahme durchaus vom Uebel. Eine gewisse Sorte von Kaufleuten würde darum nicht aufhören, leichtfertig Credit zu geben und zu nehmen, unberücksichtigt, daß sich mit Gefälligkeitsrecepten gegenseitig anzueifeln, Vaaeren zu betreiben und dergl., aber die in Verfall gerathenen Vermögen würden aus dem Lichte der öffentlichen gerichtlichen Vertheilung in das Dunkel außergerichtlicher Arrangements zurückgezogen und das Uebel würde nur größer werden. — e Dr.

Die Unterzeichneten versichern: ihre
Ueberzeugung ausdrücken, wonach die En-
dliche bereichert au-
gehen, so gut wie n.

der Konkurs auch ohne Verschärfung der Strafbestimmungen genug soziale Nachtheile, Schädigungen und Kimmernisse mit sich bringt, als daß sich eine neuemwerthe Zahl sittlich Vermögner finden sollte, die fragwürdige Vermögensvortheile um diesen Preis erwerben möchten. Aus allen diesen Gründen können wir nur dringend ratben, es bei den vom Bundesrath vorgelegenen neuen Bestimmungen sein Bewenden haben zu lassen, die Vorschläge Dr. Rintelen und Gen. aber, soweit sie sich nicht mit den Bundesrathsvorschlägen decken, abzulehnen.“

Es folgt eine Kritik der einzelnen Vorschläge der Abgg., Mittelnen und Genossen, worauf das Gutachten schließt:

„Zum Schluß können wir nur nochmals versichern, daß wir im jahrelangen Verkehr mit den Vertretern von jeglicher Art von Handel und Gewerbe sehr wenig Klagen, aber sehr viel anerkennende Zeugnissen über die Rechtskonferenzen gehört haben, daß wir aus unseren eigenen Beobachtungen dieses Gesetz nur als ein die Interessen aller Beteiligten mit möglichst Gerechtigkeit abwägendes, reichlich durchdachtes und im Allgemeinen wohlgeordnetes bezeichnen können, dessen segensreiche Wirkungen wir täglich erkennen können, und daß wir, wenn wir die Ablehnung der Urträge Dr. Mittelnen und Genossen bekräftigen, uns in Uebereinstimmung mit den Vätern der Berliner Kaufmannschaft und mit der überwiegenden Mehrzahl der Berliner Rechtsanwälte befinden.“

Die Thätigkeit der deutschen Kriegsmarine im Jahre 1897 in der Heimath ist recht umfangreich gewesen. Die in Dienst gestellten Panzerschiffe waren im Jahre 1897 zu einem in zwei Divisionen formirten Geschwader unter dem Befehl des Viceadmirals Thomsen vereinigt. Die 2. Division des Geschwaders wurde bis zum 1. October von Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich von Preußen, Johann vom Kontreadmiral Benckemann geführt. Zu dem Geschwader gehörten im Anfange des Jahres S. M. Schiffe „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, „Brandenburg“, „Weizenburg“, „Börzig“, „König Wilhelm“, „Sachsen“, „Württemberg“, „Sagd“ und „Wacht“. Am 4. Mai wurde „Wacht“ durch S. M. S. „Greif“ ersetzt, am 30. September schied „König Wilhelm“, am 30. November „Sachsen“ aus, an deren Stelle S. M. S. „Odenburg“ und „Baben“ in Dienst gestellt wurden. „Odenburg“ wurde als Ersatz für den nach Japan bestimmten Kreuzer „Kaiserin Augusta“ Ende November nach dem Mittelmeere detachirt. Vorübergehend trat dem Geschwader zum Zwecke von Sonderübungen hinzu S. M. S. „Gefion“, „Frei“, „Bisk“ und die 1. Torpedobootflotte.

In den Monaten Januar und Februar wurden die Schiffe des Geschwaders auf den Werften in Kiel und Wilhelmshafen nach der anstrengenden Indiensthaltung des Vorjahres für die bevorstehenden Uebungen in Stand gesetzt. In den ersten Tagen des März begann die Einzelbesichtigung der Schiffe in dem westlichen Theil der Ostsee, der der See- und Witterungsverhältnisse wegen für die Durchführung der Uebungen besonders günstig ist. Die Ausbildung erstreckte sich auf die Ausbildung der Offiziere in der Handhabung der Schiffe, das Einfahren der Rudergänge und des Maschinenspersonals, auf die Weiterausbildung im Vordienst, die Erldigung der ersten Torpedobeschießungen und der Schießübungen mit den Automm- und Schnellladegeschützen sowie mit den Maschinengewehren. Nachdem Ende April taktische Uebungen im Geschwader stattgefunden hatten, trat dasselbe vom 1. bis 23. Mai eine Uebungsfahrt in die Nordsee an, um die Besatzungen weiter auszubilden und die Ausbildung besonders in bewegter See zu betreiben. Ende Mai und Anfang Juni fanden die ersten Schießübungen mit den schweren Geschützen in der Kieler Bucht statt, hierauf folgten die Einzelbesichtigungen der Schiffe durch den Geschwaderchef, die 8 Tage in Anspruch nahmen und zu denen die inspizirten Schiffe in See zu gehen hatten. Nach dieser Zeit fiel die Kieler Woche, an deren Negatten sich alle Schiffe theilnahmen.

In den ersten Tagen des Juli wurden die Geschwaderübungen unter Dampf wieder aufgenommen. Zunächst fanden die geschwadermäßigen Torpedobootübungen und im Anschluß daran Torpedobootscharmottenfahrten statt. Am 3. Juli dem Geschwader zugeteilt war, Am 7. Juli wurde die Reise in die Nordsee angetreten, um theils Schießübungen mit Geschützen gegen geschleppte Scheiben, theils zur Schmarung der Torpedobootsflotte und der Schiffsbeladung möglichst dem Erstfalle entsprechende Tage- und Nachmanöver abzuhalten. Nach dem am 29. Juli erfolgten Niederfahrstiel rüstete sich das Geschwader zur Begleitung Seiner Majestät des Kaisers für die Reise nach Kronstadt aus. Es wurde am 2. August Aufbruch genommen, Kronstadt am 7. August erreicht und am 11. August wieder verlassen, um am nächsten Heizerfest Neufahrwasser zu erreichen.

Hier trat am 14. August das Geschwader in den Verband der Verhöbungsflotte ein unter dem Oberbefehl des kommandirenden Admirals, der auf S. M. S. „Blücher“ eingeschifft war. Außer den bereits genannten Schiffen wurden noch zu den Flottenübungen herangezogen: S. M. S. „Güldenbrand“, „Beowulf“, „Siegfried“, „Ragen“, „Frischhof“, „Reinhold“, die Panzerartillenbootsdivision, bestehend aus „Milde“, „Storpien“, „Platter“ und „Strofboll“, die Geschulfschiffe „Stein“, „Charlotte“ und die sonst in Dienst befindlichen kleineren Fahrzeuge. Der Aufsehwasser fanden taktische Uebungen der einzelnen Verbands theile vor dem kommandirenden Admiral, sowie eine mobilisationswägige Ausriistungsbung statt, die mit einem strategischen Manöber endigte. Die Flotte trat hierauf eine gemeinsame Fahrt nach Kiel an, wo am 2. August vor Anker gegangen wurde. In der ersten Septemberwoche fanden taktische Uebungen im Flottenverbande statt, hierauf wurde am 1. September der Einzelmarsch durch die dänische Gewässer angetreten und dann wiederum die Verbände der Marsch nach Wilhelmshafen fortgesetzt. Die Schiffe folgten delfelbst und farrückwärtig, vom 17. — 20. September ein weiteres Manöber in der Nordsee statt, nach einer Änderung die Aufstellung der Uebungsabtheilung. 1. September erfolgte.

besonderen Zwecken in Dienst b

finländischen Schiffe nahmen die entsprechenden Tätigkeit wieder auf, die Schiffe der 2. Division des Geschwaders kehrten mit Ausnahme von „König Wilhelm“, der in Wilhelmshafen außer Dienst gestellt sollte, nach Kiel zurück, während die Schiffe der 1. Division nach Wilhelmshafen gingen, um theils Vorbereitungen für die Einstellung der Rekruten zu treffen, theils kurze Instandsetzungsarbeiten von den Werften vornehmen zu lassen.

Ende September fand die Entlassung der ausgebildeten Mannschaften und der Mannschafswechsel auf sämtlichen Schiffen des Geschwaders statt. Anfang Oktober stellten die Panzerschiffe ihre Rekruten ein, die danach ihre erste infanteristische und seemännische Ausbildung erhielten.

Am 1. Dezember trat das Geschwader, das bis dahin mit der Einzelschiffsausbildung beschäftigt gewesen war, nach Vereinigung in Kiel und Eingetretten von S. M. S. „Frei“ seine Winterreise an. Auf der Fahrt durch den Belt nach dem Skagerrak wurden tätige Übungen im Verbande vorgenommen und Christiania zu zweitägigem Aufenthalt von den Schiffen angelaufen, mit Ausnahme von „Brandenburg“ und „Württemberg“, die vorher in Folge eines Vorfalles in ihre Stationsorte zurückgeführt worden waren. Am 15. Dezember lief das Geschwader in Kiel wieder ein. Einige Tage darauf kehrte die 1. Division nach Wilhelmshafen zurück, um nacheinander bei sämtlichen Schiffen die Winterreparaturarbeiten von den Werften in Angriff nehmen zu lassen.

Die zur Ausbildung von Kadetten und Schiffsjungen in Dienst befindlichen Schiffschiffe „Stein“, „Stoß“, „Molte“ und „Gneisenau“ befanden sich in den ersten Monaten des Jahres 1897 auf einer Kreuzfahrt im Mittelmeer, von der die Schiffe Mitte März zurückkehrten. An Stelle der im April außer Dienst gestellten Schiffe „Stoß“ und „Molte“ traten die Schiffe „Charlotte“ und „Rige“. Die Schiffe unternahmen in den nächsten Monaten wie alljährlich ihre Übungsfahrten in der Ostsee, „Stein“ und „Charlotte“ machten im Anschluß hieran eine mehrwöchentliche Reise, „Stein“ nach Norwegen und den Gebirgen, „Charlotte“ nach den russischen Ostseehäfen, von der sie im August nach Kiel zurückkehrten. „Gneisenau“ und „Rige“ rüsteten sich in diesem Jahre früher als gewöhnlich zu ihrer Winterreise aus, die sie im August von Kiel aus antreten, „Rige“ mit der Bestimmung, über Amsterdam, Darnum, Vigo, Lissabon, Langer, Madeira, die Canarischen und Kap Verde'schen Inseln nach Kamerun zu gehen. „Gneisenau“ dagegen mit dem Auftrage, Brasilien und Westindien zu besuchen und auf der Reise Madeira, St. Vincent, Rio de Janeiro, Trinidad und verschiedene andere Häfen in Westindien anzulaufen. „Charlotte“ und „Stein“ verließen Kiel am 16. September bezw. 2. Oktober, um nach Westindien anzulaufen. Die Reise derselben wurde nach Anlaufen von Vigo bezw. Lissabon über Madeira, die Canarischen und Kap Verde'schen Inseln ausgeführt. Beide Schiffe trafen Anfang December in St. Thomas zusammen und unternahmen von hier aus unter dem Befehl von Capitän zur See August Thiele die bekannte erfolgreiche Aktion gegen Haiti. Am Schluß des Jahres befanden sich „Rige“ in Kamerun, „Gneisenau“ in La Guayra, „Charlotte“ in St. Thomas und „Stein“ auf der Reise von Havana nach Portorico.

Durch die Theilnahme des **Kaisers** wurde die Gedenkfeier ausgezeichnet, die gestern **Wittwoch** Abend um 6 Uhr der Hauptverband der Berliner Kriegervereine in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche veranstaltete. Der Kaiser fuhr in seiner Generalsuniform punkt 6 Uhr vor und wurde am Hauptportale von dem Vorstand des Verbandes und zwei Flügeladjutanten empfangen. Mit ihm nahmen in der Nähe des Altars gegen 20 Generale und über 100 Offiziere Platz. Vor dem Altare standen 11 Fahnen und Standarten der Kriegervereine Berlins und der Umgebung. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Feier begann mit dem gemeinsamen Gesänge des altdeutschen Liedes: „Wir treten mit Beten vor Gott.“ In der Liturgie wirkten der gemüthliche und der Knabenchor mit. Die Festpredigt hielt der erste Pfarrer Ober-konfistorialrath Köhler. Mit dem Gemeindegesang „Du siehst den Väter bedrückend“ schloß die Feier. — Das **Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm I.** bildete gestern neben dem Mausoleum das Wallfahrtsziel. Die Leute zu den Füßen des Kaisers Frühlingsbäumen auf den Erastusstufen niederlegten. Diese Zeichen des Gedenkens fanden besonders von Frauen hand. Das schon erwähnte frische Eingewandlung in die Kriegerkirche wurden mit neuen Gewand

und ein alter Stranz wurden mit Garten-Schneeglöckchen umgeben, und überall lagen Weiden in reicher Fülle ausgestreut. Demersenswerth war ein Strauß von frischen Kornblumen, die Farren durchwunden. Am Denkmal hatten sich zwei Blumenhändler postirt, deren kleine Bouquets sich jenen Absatz fanden. Gekundete Schneeglöckchen- und Weigenstränge wurden den Ankenden des alten Kaisers gespendet. Der Gramunterbau des Denkmals bot so einen reellen Anblick. — Der Reichstagswahlverein bot 1884 in Hamburg das beschlossene, auch in diesem Jahre zum **Geburtsstage des Fürsten Bismarck** demselben am Freitag, den 1. April, einen großartigen Fackelzug zu bringen, vorausgesetzt, daß der Gesundheitszustand des Fürsten die Annahme der Donation gestattete. Eine Deputation des Reichstagswahlvereins wird sich in den nächsten Tagen nach Friedrichsrub begeben und beim Fürsten dieselbe anfragen. — Unschätzlich seines gefirgten 60. Geburtstages hat der Kommerzienrath Heinrich Lang in Mannheim eine **Stiftung von einer Million Mark** gemacht zur Unterstützung bedürftiger Arbeiter seiner Maschinenfabrik. — In England erfolgt die Uebergabe der neuen **keramischen Fachschule**, der einzigen in Deutschland seitens der Stadt an die Staatsregierung, die durch den Oberregierungsath Lüders aus Berlin vertreten war. — In Wiesbaden hat sich ein vorbereitendes Komitee zur **Gründung einer Heilstätte für minder bemittelte Lungenkranke** aus Wiesbaden und Umgebung gebildet. Die Heilstätte soll im Bereiche des Regierungsbezirkes Wiesbaden an

einem Orte in gesunder Gebirgslage erbaut werden. — Die Stadtoberordneten in Inowrazlaw genehmigten die **Anlage eines neuen Stadttheils** mit sechs Straßen. — Der anhaltische Landtag hat das **Vereinigesetz** einstimmig ohne Kompensation angenommen. — In einer aus allen Theilen des Großherzogthums **Odenburg** besuchten Versammlung von Interessenten wurde die **Gründung einer Handelskammer** einstimmig beschlossen. — Nachdem bereits mehrere örtliche Komitees Sammlungen für die Hinterbliebenen der auf Zechen „**Vereinigta Karolinenthät**“ ums **Leben gekommenen Vergleuten** eingeleitet haben, ist nunmehr auch ein dem ganzen Oberbergamtsbezirk Vorimund umfassender Auszug unter dem Vorh. des Berghauptmanns Täglitschbeck in Bildung begriffen. Dieser will die Verwaltung der unabhängig von der Unfallversicherung den Hinterbliebenen auszufließenden Beträge übernehmen und für ihre zweckentsprechende Verwendgung sorgen. Aufgefordert einem namhaften Betrage der Zechen „**Vereinigta Karolinenthät**“ (angeblich 50 000 Mk.) sollen auch von anderen Zechen erhebliche Summen in Aussicht gestellt worden sein.

Berlin, 10. März. Die Kön. Volksges. schreibt, betreffs der schließlichen Stellungnahme der Zentrumsfraktion zur Marineverleugung, daß sich bisher noch nicht einmal vermuthungsweise etwas sagen. Eine aus Schlesien kommende, in dem genannten Blatt veröffentlichte Zufahrt fordert dringend, daß das Centrum sich nicht spalten möge die Entscheidung ausfallen, wie sie wollen. Eine Spaltung würde nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch unter den Katholiken Preußens unheilvolle Vermirrung anrichten, in daß man eine Wiederholung der Konflikte befürchten müßte, wie sie seinerzeit bei der Militärverleugung zum Ausdruck gekommen sind.

— Die „R. Z.“ schreibt unter der Ueberschrift „Interessenpolitik in Ostasien“, was Deutschland angehe, so sei dieses durch den eben gültigen Abjchluß des Vertrages „bezüglich Kiautschau sowie durch das Abkommen in Sadan“ der Anleihe dem Widerstreit des Interessengetrie- bes entriekt. Bezüglich der Forderungen Japans erklärt das Blatt, obwohl Wei-hai-wei in der Provinz Schantung liegt, habe Deutschland an den japanischen Forderungen kein sonderliches Interesse. Die russischen Forderungen erschienen weder überraschend noch so ungenehmlich, wie England sie hinstelle. China habe England Interessenrichtung reichlich genug beachtet, so daß dieses keine Ursache habe, unzufrieden zu sein. Für den Versuch aber, Deutschland mit in die Unzufriedenheit hineinzuziehen, sei der jetzige Augenblick nicht günstig gewählt.

Von Ugen Wolf erhält das „B. L.“ folgende Depesche aus Peking: China ist immer nicht auf alle Wünsche, die der russische Gesandte in Peking in Bezug auf Port Arthur und Tjingli-Yamen formulirte, eingegangen. Deshalb jektete Graf Cassini, der Vertreter des Zaren, der chinesischen Regierung eine Frist binnen deren sie sich endgültig zu erklären hat. Diese Frist läuft am nächsten Freitag ab. Man will damit einen Druck auf den Sohn des Him- mels ausüben und hoffen, durch die aufgezeigte erste Miene die Subskribenten der neuen un- ter englisch-deutschen Banken abgeschlossenen Anleihe von 16 Millionen Pfund, die bekanntlich zur Bezahlung der im Mai fälligen Räte der Kriegsschuld an Japan dienen soll, noch im letzten Moment abzuwenden. Falls China nicht in die russischen Bedingungen willigt, sollen ihm auf diese Weise die Mittel vorenthalten werden. Japan zur vertragsmäßigen Räumung des Wei- hai-wei anzuhalten.

— Nach einer Meldung aus Konstantinopel trifft Kaiser Wilhelm in der ersten Novemberhälfte in Jerusalem ein. Sein Besuch im Heiligtum findet auf dem Rückwege statt. Der Sultan überwacht persönlich die Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers.

Das vom Minister angeordnete Disziplinärverfahren gegen das Direktorium der akademischen Feschele hat seinen Abſchluß gefunden. Wie man ſich erinnert, handelt es ſich um zwei logiſtiſche Feſte, die, einem Verbot des vorjährigen Rektors zuwider, auf Antrag von Mitgliedern durch Beſchluß des Direktoriums vom Neuen angeſchaft und angelegt worden waren. Drei der ſtudentiſchen Direktoren, die an dieſen ſtaatsgefährlichen Beſchluß Theil hatten, wurden mit Verweis beſtraft, deſſen Empfang ſie dem Rektor Chriſtiſch quittiren mußten. Der Vertreter des V.-L., der gegen die Neuanſchaffung geſtimmt, ein Vertreter des Wingolf, der ſich zum Abſtitz entſchloſſen hat, und ein Herr vom ſozial-wiſſenſchaftlichen Verein, dem das Verbot des früheren Rektors nicht bekannt war, ſind ohne Strafe dahingekommen.

— In der Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ vom 4. d. M. war nach der „Danziger Zeitung“ mitgeteilt, daß durch amerikanisches Obdt die San José-Schiffblau nach Westpreußen verschleppt und neuerdings dort selbst auftreten sei. Wie die Landwirtschaftskammer für Westpreußen amtlich berichtet hat, beruht diese Nachricht auf Erfindung.

Wien, 9. März. Die schon angekündigte Verabredung der Vorstände der deutschen Volkspartei und der Fortschrittspartei hatte im Besonderen folgendes Ergebnis: Uebereinstimmen wurde der Anschauung Ausdruck gegeben, daß auch die Sprachenverordnungen des Ministeriums Gausch unannehmbar seien, und daß die Deutschen eine gesetzliche Regelung mit allen Mitteln herbeiführen müßten. Gegenüber der gegenwärtigen Regierung erscheine nach ihrer Zusammenfassung Mißtrauen gerechtfertigt. Daran könne auch der Umstand nichts ändern, daß ein Mitglied des verfassungstreuen Großrathes beabsichtige, das Ministerium einzutreten sei. Im Gegentheil dürfe Thatsache sei um so bedauerlicher, als dadurch die bisherige Einigkeit der deutschen Parteien durchbrochen erscheine. Was die Anträge betrifft, die nach der Wiedereröffnung des Reichsraths eingebracht werden sollen, so beträffen die in erster Reihe die gesetzliche Regelung der Sprachenfrage und die Erhebung einer Ministeranklage wegen der Vorgänge in den letzten Sitzungen der vorigen Session des Abgeordnetenhauses.

Die Domänner des verfassungstreuen Großgrundbesitzes hielten ebenfalls eine Berathung ab, in der sie das Mißverständniß zurückwiesen, daß durch den Eintritt des Dr. Varnreither in die Regierung ihre Haltung gegenüber den Deutschen eine andere geworden sei. Im Gegentheil sprach sich die Versammlung dafür aus, daß die in der vorigen Session genommene Fühlung mit den anderen deutschen Parteien auch künftig entschieden aufrecht zu erhalten sei.

Mailand, 9. März. Das Leichenbegängniß Cavallottis hat heute in feierlicher Weise stattgefunden. Alle Straßen, durch welche der Trauerzug sich bewegte, waren von ei-
der dicht gedrängten Menschenmenge angefüllt. Die Böden der Läden und die Säulen waren geschlossen.
Der Zug eröffneten zahlreiche Vereine und Vertreter von Stadtbehörden, Körperschaften u. s. w.
Dem Leichenwagen, den die Freunde und Waffengefährten des Verstorbenen umgaben, folgten Senatoren, Deputirte, Vertreter der Stadtbehörde von Paris u. s. w. Als der Zug auf dem Kirchhof vor der Porta Carisaldi ankam, wurde die Leiche auf einem Katafalk auf der äußeren Esplanade des Kirchhofs aufgebahrt, während Feuerwehrlente in Gaisanform den Ehrendienst ausübten. Der Bürgermeister von Mailand, mehrere Deputirte und der Direktor des „Secolo“ hielten Ansprachen, denen die Kopf an Kopf gedrägte Menschenmenge eifrig zuhörte. Die Freunde Cavallottis trugen sodann die Bahre nach der Leichenhalle, wo die Leiche bis zur Eröffnung des Testaments, das die Entscheidung über den Ort der Beerdigung enthält, verbleiben wird.

Die spanische Regierung verschickt ein Rundschreiben an die Kabinette, worin sie mittheilt, daß bis zum April der Aufruhr in Kuba, wie sie hoffe, völlig gedämpft sein werde. Dätte nicht, heißt es darin, fremde Einflüsse die Empörung geschürt, so wären längst keine Insurgenten mehr auf Kuba. Das Rundschreiben demontirt ferner die angebliche Fortdauer des Aufruhrs auf den Philippinen.

Das Ende des spanischen Aufstandes ist schon so oft von Spanien in Aussicht gestellt worden, daß ein wahrer Köhlerglaube das gehört, jetzt noch auf diese Versicherungen irgend etwas zu geben.

London, 9. März. Der Londoner Bericht-
erstatter des „Manchester Guardian“ will aus
zuverlässiger Quelle wissen, binnen den nächsten
drei oder vier Tagen werde die britische Flot-
te von einem chinesischen Hafen Besitz ergreifen.

Sonntag, 9. März. Heute hier ausgebrochene Unruhen wurden hervorgerufen durch den Versuch der Sanitätsbeamten, den Grund der Strafkolonie einer Mohammedanerin zu erforschen, welche in Ripon-Road wohnte. Es wurde ihnen jedoch der Zutritt zu dem betreffenden Hause verweigert. Ausdamm sammelte sich eine große Menschenmenge an, welche nach den Beamten mit Steinen warf, so daß sich die Beamten nach dem Heberibureau des Polizeidistrikts zurückzogen, um sich Unterstützung zu holen. Bewaffnete Polizisten begleiteten nunmehr die Beamten nach dem Hause zurück. Es wurde jedoch der erneute Aufforderung, die Strafe auszuüben, nicht stattgegeben. Ein persischer Beamter forderte die Menge auf, auseinanderzugehen, gab aber, als man nach ihm schlug, der Polizei den Vorwand zum Angriff. Vier Mohammedaner wurden getödtet und mehrere verwundet. Die Aufregung verbreitete sich mit brennrufigender Geschwindigkeit weiter; die Hindus schlossen sich den Mohammedanern an. Kein Christ, welcher Nationalität er auch war, kam unbedeutlich davon, wenn er ihre Hände geriet. Viele wurden tödtlich angegriffen, zwei europäische Soldaten sollen beinahe getödtet sein. In der Vorstadt Wyndham griff der Pöbel die Viktoria-Gebäude an. Die Bewohner verbarrikadirten die Häuser und gaben von den Fenstern aus blinde Schüsse ab. Die Truppe der Garnison rückte im Galopp mit zwei Geschützen zum Einsatz heran. Überall herrschte große Aufregung. Es ist schwer, Einzelheiten der Erfahrung zu bringen, der Aufbruch richtet sich indessen hauptsächlich gegen die Christen.

Aus der Kloosthuis-Bucht wird dem „Draatschen Looch“ unter anderem gesendet: Die erste deutsche Weihnachtsfest wurde hier von Offizieren und Mannschaften in echter deutscher Weise begangen. Alentbalen ersahnten die Christbäume, die am Tage vor dem Feste rechtzeitig aus Japan eingetroffen waren; nur wenige chinesische Japen von den umliegenden Bergen mußten ihre grünen Zweige zur Ausschmückung der Mannschafstuben hergeben. Der Unterchied der Beleuchtung bestand darin, daß an Bord der Schiffe das elektrische Licht in den Zweigen glüht, während für die verschiedenen Lager am Lande bunte Kerzen ihr mildes Licht verbreiteten. Durch sinnige Geschenke suchte einer dem andern Freude zu bereiten; bei Speise und Trank stellte sich allmählich auch die behagliche Stimmung ein, für die Gedanken, die an dem Abend unwillkürlich in der Heimath weilen, sich dem Nächsten zuwenden und all die Sehnsucht, die das Herz zu den Lieben nach Hause zieht, sich auflöst in das Streben, zum allgemeinen Wohlbefinden, soviel als uns liegt, beizutragen, mit denen auch süßlich zu sein, mit denen gemeinsame Arbeit uns verbindet. Mit großer Fürsorge hatte der Chef des Geschwaders es so eingerichtet, daß der Schanghai-Dampfer mit der europäischen Post Abends um Mittag des 24. December hier eintreffen mußte. Die Grüße aus der Heimath und aus Schanghai, die er brachte, trugen dazu bei, das Gefühl der Freude zu heben und die wehmüthige Stimmung zu verschärfen. Kurz vor Beginn der Feier konnte an den verschiedenen Stellen die Post ausgegeben werden, für die meisten der höchsten Weihnachtsfreunde, die ihnen bereitet werden konnte. Einen großen Jubel verursachte es auch, als bekannt gemacht wurde, daß die deutschen Frauen Ostasiens, Chinas und Japans es sich nicht hatten nehmen lassen, zur Verschönerung

